

Ressort: Politik

LINKE ruft zum Aktionstag für sexuelle Selbstbestimmung auf

Die Linke

Berlin, 16.09.2022, 10:08 Uhr

GDN -

Die Streichung von §219a StGB hat zwar bewirkt, dass Ärzt*innen endlich über Methoden und Bedingungen des Abbruchs in ihrer Praxis informieren können, aber der Schwangerschaftsabbruch, Mediziner*innen und Betroffene werden nach wie vor kriminalisiert und ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung.

Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung ruft zu einem Aktionstag am 17. September 2022 in Berlin auf. Wie jedes Jahr ist der Aktionstag als Gegendemonstration für den sogenannten »Marsch für das Leben« gedacht. Bei diesem Marsch sehen sich fundamentale Christ*innen und andere reaktionäre Kräfte bis hin zur AfD als »Lebensschützer*innen«. Sie fordern Schwangerschaftsabbrüche nur bei maximaler Lebensgefahr zu entkriminalisieren.

Die Streichung von §219a StGB hat zwar bewirkt, dass Ärzt*innen endlich über Methoden und Bedingungen des Abbruchs in ihrer Praxis informieren können, aber der Schwangerschaftsabbruch, Mediziner*innen und Betroffene werden nach wie vor kriminalisiert und ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung weiterhin stark eingeschränkt wird.

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und weltweit verhindern konservative und rechte Akteur*innen Menschenrechte für Frauen und queere Menschen. Sie wollen Regenbogenfamilien sowie geschlechtliche Identitäten außerhalb des binären Systems am liebsten unsichtbar machen bzw. ihre Existenz leugnen. In Ungarn gibt es bereits eine eingerichtete Zonen, in der es LGBTIQ* verboten ist, sich zu bewegen und aufzuhalten. In Polen und den USA gelten immer restriktivere Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch – bis hin zu einem totalen Verbot.

Die gleichstellungspolitische Sprecher*in im Parteivorstand der Partei DIE LINKE, Maja Tegeler erklärt hierzu: »Wir werden uns mit dem Zurückdrängen wichtiger feministischer Errungenschaften nicht abfinden. Deshalb nehmen wir mit vielen anderen Feminist*innen am Aktionstag teil und rufen dazu auf, sich uns anzuschließen. Zudem äußern wir unseren Respekt gegenüber Allen, die sich am kommenden Samstag trotz des inzwischen erfolgten Verbots, am Euro-Pride in Belgrad beteiligen wollen.

Bericht online:

<https://www.germailynews.com/bericht-124145/linke-ruft-zum-aktionstag-fuer-sexuelle-selbstbestimmung-auf.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV: M. Nowitzki

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt

lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. M. Nowitzki

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com